



Der diesjährige Bundestagswahlkampf startet für NRW-Spitzenkandidatin Bärbel Höhn ungünstig. 2009 setzte sich die Oberhausenerin für mehr Jobs ein. FOTO: IKZ

## „Das ist für mich kein Praktikum“

Politiker und Sozialexperten werfen den Grünen Heuchelei und Doppelmoral vor. Piraten sehen Verrat an den eigenen Überzeugungen.

Sieben Monate vor der Bundestagswahl werden die Oberhausener Grünen und ihre NRW-Spitzenkandidatin Bärbel Höhn von einem für sie verheerenden Echo überrollt: Der für einen Mindestlohn von 8,50 Euro eintretenden Partei wird von Politikern und Sozialexperten Doppelmoral vorgeworfen. Vor allem die von den Grünen gewünschten Einstellungsbedingungen für die sechsmonatige „Praktikanten-Arbeit“ im Bundestagswahlkampf werden gerügt: Konzepte entwickeln, selbstständig arbeiten, die Bereitschaft, an Abenden und an Wochenenden tätig zu sein – für vier Euro Stundenlohn. Die Grünen rechtfertigen sich: Viele Praktika werden sonst gar nicht bezahlt. „Was die Grünen da für Anforderungen stellen, das ist für mich kein

Praktikum“, sagt der Oberhausener Caritas-Vorstand Reinhard Messing. „Wir haben Praktikanten, die ihr höchstens drei Monate dauerndes Praktikum für ihr Studium benötigen, aber die leiten wir an, in die investieren wir und die müssen nicht selbstständig arbeiten.“

Der hiesige Pirat und Bundestagskandidat Andreas Florig wirft Höhn einen „Verrat an ihren eigenen Überzeugungen zum Thema Lohndumping“ vor. Im Gegensatz zu den Grünen würden die Piraten ehrenamtlich arbeiten: „Wir sind Überzeugungstäter“. Für FDP-Fraktionschef Hans-Otto Runkler ist klar, dass „ein Praktikum Kenntnisse vermitteln soll, die jemand für seinen späteren Berufsweg nutzen kann.“ Ob dies bei dem vom Oberhausener Kreisverband angebotenen Praktikum der Fall sei, muss-

„Ich war fassungslos, ausgerechnet bei den Grünen so etwas zu erleben“

Christian Benter, Geschäftsführer CDU



Niema Movassat (Die Linke) und Hans-Otto Runkler (FDP).

ten die Grünen „mit ihrem Gewissen selbst ausmachen“.

Als „blanken Höhn“ bezeichnet der Bundestagsabgeordnete der Linken, Niema Movassat, die Stellenausschreibung Anforderungen und Entlohnung stünden in keinerlei Verhältnis. „Hier wird eine billige Arbeitskraft gesucht, die immensen Verantwortung tragen soll.“ Für den SPD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Große Brömer muss ein Minijob zeitlich so gestaltet wer-

den, „dass dabei ein vernünftiger Mindeststundenlohn herauskommt“. Ein Praktikum oder Hospitieren von Studenten dürfe nichts mit der Art von Wahlkampfarbeit zu tun haben, wie sie in der Praktikumsbeschreibung der Grünen gestanden habe.

CDU-Partei-Geschäftsführer Christian Benter sieht den Sinn eines Praktikums auf den Kopf gestellt: „Ein Praktikant wird unterstützt, nicht umgekehrt.“ - ps/hell